

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

18. WP - 83. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Dezember 2016  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Katrin Fedrowitz (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

**Fehlende Abgeordnete**

Tobias von Pein (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Verzögerung der Planung der Fehmarnbelt-Querung**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Umdruck 18/7042](#)

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 13:25 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

### **Verzögerung der Planung der Fehmarnbelt-Querung**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Umdruck 18/7042](#)

Verkehrsminister Meyer berichtet, die Landesregierung halte engen Kontakt zur dänischen Regierung, um die Einhaltung und Gestaltung des Zeitplans der festen Fehmarnbelt-Querung zu kontrollieren. Die Zusammenarbeit finde in erster Linie zwischen dem schleswig-holsteinischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie sowie dem dänischen Transportministerium statt und umfasse Kontakte auf ministerieller Ebene, auf Ebene der Staatssekretäre sowie auf Arbeitsebene. Der neue dänische Transportminister Olesen sei bereits der fünfte Amtsinhaber, mit dem er seit 2012 zusammenarbeiten dürfe. Am 12. Dezember 2016 habe er Minister Olesen zum ersten Mal getroffen. Dieser habe ihm mitgeteilt, dass er dem Folketing zum Jahreswechsel einen Bericht über den aktuellen Stand der Verkehrsprojekte zu übermitteln habe und dass es sein Anliegen sei, gegenüber dem Folketing einen realistischen Zeitplan für die Fehmarnbelt-Querung zu kommunizieren. Er begrüße dies, so Minister Meyer.

Zeitpläne seien immer ambitioniert und stellten eine Best-Case-Betrachtung dar, so Minister Meyer weiter. Dies habe - zu seiner Amtszeit wie auch bereits zuvor - mitunter dazu geführt, dass Ankündigungen gemacht worden seien, die nicht hätten eingehalten werden können. Auch wenn der dänischen Seite die Eigenheiten des komplizierten deutschen Planungsrechts nicht leicht zu vermitteln seien, bleibe es doch der Standpunkt der Landesregierung, dass Gründlichkeit bei diesem Projekt Priorität haben müsse, weil in Deutschland immer damit zu rechnen sei, dass die Planung derartiger Großprojekte einer gerichtlichen Prüfung unterzogen werde.

Gemeinsam mit seinem dänischen Kollegen habe er festgestellt, dass es nun Verzögerungen gegenüber dem im Sommer 2016 kommunizierten Plan gebe, im Laufe des Jahres 2017 einen Planfeststellungsbeschluss zu erreichen. Gemeinsam habe man daraufhin beschlossen, diese Verzögerungen öffentlich zu machen. Der Hauptgrund für die Verzögerung, die nun dazu führe, dass ein Planfeststellungsbeschluss nicht im Jahr 2017 ergehen werde, liege bei dem

Unternehmen Femern A/S. Dieses habe bereits für Februar 2016 einen Antrag auf Planänderung angekündigt. Aufgrund von 300 Anmerkungen seitens der Behörden zu diesem Antragsentwurf habe Femern A/S erst am 13. Juni 2016 die finale Antragsfassung einreichen können. Dieser Vorgang habe einen Zeitverzug von vier Monaten bewirkt. Femern A/S sei derzeit bemüht, die Zahl von 12.600 Einwendungen zu bearbeiten. Auch wenn inhaltlich zwischen einzelnen Einwendungen sicherlich eine Duplizität bestehe, sei doch jede Einwendung einzeln zu bearbeiten. Das Unternehmen habe angekündigt, dass die Bearbeitung der Einwendungen im Februar 2017 abgeschlossen sein werde, und habe hierzu auch zusätzliches Personal eingestellt.

In diesem Zusammenhang habe er - so legt Minister Meyer dar - im Gespräch mit Minister Olesen darauf hingewiesen, dass es auch auf deutscher Seite Verzögerungen gebe, weil zwei Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange - einerseits das Bundesamt für Naturschutz (BfN), andererseits das schleswig-holsteinische Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume - später vorliegen würden als zunächst erwartet.

Nach wie vor sei er der Auffassung, dass diese Verzögerungen ärgerlich seien. Die Planfeststellungsbehörde habe für beide Stellungnahmen zunächst den 21. September 2016 als Frist benannt. Dies sei jedoch im rechtlichen Sinne keine Ausschlussfrist, sondern eine Frist, die gesetzt worden sei, um den weiteren Zeitplan einhalten zu können. Sowohl das BfN als auch das MELUR hätten mehrfach um eine Fristverlängerung von insgesamt zwei Monaten gebeten. Diese Verzögerungen seien der Planfeststellungsbehörde seitens BfN und MELUR angezeigt worden. Die Planfeststellungsbehörde habe dies zur Kenntnis genommen.

In der gemeinsamen interministeriellen Arbeitsgruppe zur Fehmarnbelt-Querung sei die Bitte geäußert worden, die Stellungnahmen zeitnah vorzulegen. Es sei jedoch auch zu berücksichtigen, dass es sich bei den Gegenständen der Stellungnahmen nicht um triviale Dinge handele. Es gehe insbesondere um den Schallschutz für Schweinswale. Daher sei unumstritten, dass eine gründliche Stellungnahme zu diesen Sachverhalten erforderlich sei. Mittlerweile lägen die beiden Stellungnahmen vor. Femern A/S habe angekündigt, bis Mitte Februar 2017 Erwidierungen zu beiden Stellungnahmen vorlegen zu wollen.

Die Planfeststellungsbehörde könne erst dann endgültig über den Zeitplan befinden, wenn ihr die Antworten von Femern A/S vorlägen. Im März 2017 sei mit einer Aussage hierüber zu rechnen. Er werde dann nach Kopenhagen fahren, um gemeinsam mit Minister Olesen den dann gültigen neuen Zeitplan dem Folketing zu kommunizieren.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, bestätigt die Darstellung von Minister Meyer zu den Gründen der Verzögerung. Femern A/S habe die überarbeiteten Planfeststellungsunterlagen im Juli 2016 eingereicht. Die Unterlagen seien dann dem MELUR als oberer Naturschutzbehörde zugestellt worden. Im Einzelnen handele es sich um die vollständig überarbeiteten Erläuterungsberichte mit ungefähr 370 Seiten, den vollständig überarbeiteten Landschaftspflegeplan mit insgesamt 2.200 Seiten, den vollständig überarbeiteten Artenschutzbeitrag mit 490 Seiten, die vollständig überarbeiteten Unterlagen zur FFH-Verträglichkeit mit 920 Seiten sowie den neuen wasserrechtlichen Fachbeitrag mit 575 Seiten. Insgesamt handele es sich um ein Volumen von 18 Aktenordnern, welches zu sichten und bei welchem zu prüfen gewesen sei, ob die Anmerkungen des ersten Durchgangs abgearbeitet worden seien. Der Bericht des MELUR hierzu umfasse ungefähr 90 Seiten.

Er bestätigte weiterhin die Darstellung Minister Meyers, dass es eine Frist gegeben habe, die seitens des MELUR nicht eingehalten werden konnte, so Minister Dr. Habeck. Zweimal schriftlich und einmal mündlich sei am 12. September, 7. Oktober und 11. Oktober 2016 mitgeteilt worden, dass es wegen der Arbeitsbelastung in den entsprechenden Abteilungen des Ministeriums zu Verzögerungen komme. Weder sei für das MELUR erkennbar gewesen noch sei diesem mitgeteilt worden, dass es aufgrund dieser Verzögerungen bei der Übersendung der Stellungnahme zu Verzögerungen beim Gesamtprojekt Fehmarnbelt-Querung kommen könne. Am 16. November 2016 sei die Stellungnahme des MELUR übersandt worden.

Er wolle darauf hinweisen, dass Umwelt- und Artenschutz bedeutsame Anliegen darstellten. Eine unzureichende Berücksichtigung dieser Anliegen im Planungsverfahren könne durchaus dazu führen, dass das Gesamtprojekt vor Gericht scheitere. Daher sei es auch im Sinne des Vorhabenträgers, wenn die Stellungnahme qualitativ den gerichtlichen Anforderungen genüge. Es gehe nicht darum, Verkehrsprojekte zu verhindern oder zu sabotieren.

Auf eine Frage des Abg. Arp zur Zusammenarbeit von Verkehrsministerium und MELUR antwortet Minister Meyer, auf Ebene der Staatssekretäre wie auf Arbeitsebene gebe es eine gute Zusammenarbeit. Weiterhin sei eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die insbesondere für die Unterlagen zur Planung der Fehmarnbelt-Querung zuständig sei. Es sei zu berücksichtigen, dass Femern A/S der Vorhabensträger sei. Insofern sei man jetzt darauf angewiesen, dass Femern A/S die Hinweise aus dem Gutachten in der Planung berücksichtige und die überarbeiteten Unterlagen bis Februar 2017 vorlege. Erst dann sei vonseiten der deutschen Planfeststellungsbehörde zu beurteilen, in welchem Umfang Planänderungen erforderlich seien, so Minister Meyer.

Auf die Frage des Abg. Arp, wann Minister Meyer erfahren habe, dass die Frist 31. Dezember 2017 nicht zu halten sein würde, führt Minister Meyer aus, man habe von schleswig-holsteinischer Seite Dänemark gegenüber immer sehr offen kommuniziert, dass der Zeitplan sehr ambitioniert sei. Mit der Mitteilung durch Femern A/S im Oktober 2016, dass die Erwidierungen auf die Gutachten erst Mitte Februar 2017 vorliegen würden, sei deutlich geworden, dass der Zeitplan unrealistisch geworden sei.

Minister Dr. Habeck stellt heraus, dass die Zusammenarbeit seines Ministeriums mit dem Verkehrsministerium gut sei. Beide Häuser arbeiteten bei einer Vielzahl von Verkehrsprojekten im Lande kooperativ zusammen. Es gebe einen regelmäßigen Jour fixe sowie eine enge fachliche und persönliche Begleitung des Verkehrsministeriums bei allen Gerichtsverfahren durch sein Haus. Es gebe mitnichten eine Linie in seinem Haus, Großprojekte zu blockieren, so Minister Dr. Habeck. Ungefähr die Hälfte der Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium umfasse freiwillige Leistungen des MELUR mit dem Ziel, Planungen schneller abzuschließen.

Abg. Vogt schildert, er habe den Eindruck gehabt, dass in der Pressemitteilung von Minister Meyer durchaus der Vorwurf der Projektverzögerung gegenüber Minister Dr. Habeck und dem MELUR erhoben worden sei. Auch der hier in Frage stehende Vorgang zeige Kommunikationsprobleme zwischen beiden Häusern auf. Es sei auch zu berücksichtigen, dass die Einrichtung einer Lenkungsgruppe nicht auf die Initiative der Minister, sondern auf den Ministerpräsidenten zurückgehe. - Minister Meyer führt hierzu aus, den Vorwurf der Sabotage habe er nicht erhoben, und er halte ihn für absurd.

Auf die Frage des Abg. Vogt, ob seitens des Wirtschaftsministeriums versucht worden sei, eine beschleunigte Abgabe der Stellungnahme durch das MELUR zu erreichen, führt Minister Meyer aus, in der Tat sei eine vollständige Überarbeitung der Unterlagen seitens des MELUR unerlässlich gewesen, um rechtlich auf der sicheren Seite zu sein. Eine unvollständige Stellungnahme hätte niemandem genutzt, so Minister Meyer. - Zu einer weiteren Frage des Abg. Vogt meint Minister Meyer, die Ansicht des Ministerpräsidenten, es handele sich um eine geringfügige Verzögerung, sei zutreffend.

Minister Meyer antwortet auf eine weitere Frage des Abg. Vogt, ob durch die Verzögerung die EU-Förderung des Projektes gefährdet sei, er könne hierzu keine direkte Aussage treffen und diesbezüglich nicht für die dänische Seite sprechen. In einem Gespräch zwischen ihm und Pat Cox, dem europäischen Koordinator des TEN-T-Verkehrskorridors, sei ihm jedoch signalisiert worden, dass das Königreich Dänemark wohl auch bei einer zeitlichen Verzögerung in den Genuss der europäischen Fördergelder kommen werde.

Auf eine weitere Frage des Abg. Vogt wiederholt Minister Dr. Habeck seine Einschätzung, weder auf Arbeitsebene noch auf politischer Ebene sei ein Signal an sein Haus erfolgt, dass die angezeigte Verzögerung der Fertigstellung der Stellungnahme zu einer erheblichen Verzögerung des gesamten Projektes führen könnte.

Abg. Arp zitiert eine Äußerung von Minister Meyer gegenüber der Presse vom 6. Juli 2016, der zufolge bei einer Verschiebung der öffentlichen Auslegung angesichts des engen Zeitplans bestimmte Fristen ausliefen. - Minister Meyer erklärt hierzu, er habe seitdem gelernt, dass es möglich sei, bestimmte vorliegende Gutachten selbstständig weiterzuentwickeln. Femern A/S als Vorhabensträger habe im Blick, dass Ende 2017 die Gültigkeit einiger Umweltgutachten Ende 2017 auslaufe. Im Sommer 2016 habe sich ihm diese Situation noch nicht so dargestellt. Als Femern A/S im Oktober 2016 mitgeteilt habe, die Unterlagen erst im Februar 2017 vorlegen zu können, habe Femern A/S versichert, die auslaufende Gültigkeit einiger Gutachten im Blick zu haben.

Auf eine Nachfrage des Abg. Vogt erläutert Minister Meyer, dass immer dann, wenn er Femern A/S berichtet habe, dies auch eine Information an das dänische Transportministerium umfasse, da an den entsprechenden Besprechungen neben Femern A/S auch stets das dänische Transportministerium beteiligt sei.

Zu einer weiteren Nachfrage des Abg. Vogt meint Minister Meyer, seiner Auffassung nach sei Minister Olesen über die Verzögerungen keineswegs überrascht gewesen. Jedoch habe Minister Olesen auf die besondere Bedeutung des Folketing-Berichtes hingewiesen, der einen realistischen Zeitplan erfordere.

Die Information der Öffentlichkeit über die Verzögerungen sei in der Pressekonferenz in ausreichender Form geschehen, so Minister Meyer auf die Frage des Abg. Vogt, warum keine Information an Öffentlichkeit und Landtag erfolgt sei. Zwar habe er versucht, bereits nach dem 19. Oktober 2016 schnell einen Zeitplan zu veröffentlichen, jedoch sei dies aufgrund der dänischen Regierungsumbildung nicht möglich gewesen. Er habe sich dagegen entschieden, ohne Absprache mit Dänemark und Femern A/S einseitig die Öffentlichkeit und den Landtag zu informieren.

Abg. Callsen fragt, ob es angesichts der großen Bedeutung dieses Verkehrsprojektes nicht angebracht gewesen wäre, die Verzögerungsmeldungen durch das MELUR nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auf eine schnellere Erledigung hinzuwirken. - Minister Meyer weist darauf hin, dass nicht das Ministerium, sondern die unabhängige Planfeststellungsbehörde die Verzögerungen zur Kenntnis genommen habe. Nach der zweiten Verzögerungsmel-



dung sei das Thema darüber hinaus in der interministeriellen Arbeitsgruppe angesprochen worden.

Auf Nachfrage des Abg. Callsen bestätigt Herr Elscher, Leiter der Abteilung „Naturschutz, Forstwirtschaft und ländliche Räume“ des MELUR, dass in der interministeriellen Arbeitsgruppe die Verzögerung der Gutachtenvorlage thematisiert worden sei. Es sei dort Konsens gewesen, dass die Qualität der Stellungnahme wichtiger als die fristgerechte Vorlage sei.

Auf Nachfragen der Abg. Vogt und Arp äußert Minister Meyer, ohne die Regierungsumbildung in Dänemark wäre wahrscheinlich bereits im November eine Information von Öffentlichkeit und Parlament möglich gewesen. Es sei nicht Aufgabe der Planfeststellungsbehörde, Träger öffentlicher Belange zur fristgerechten Übersendung ihrer Stellungnahmen anzuhalten. Unbeschadet davon bleibe selbstverständlich die politische Bewertung.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 14:05 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer